



Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen

Herbstsession: Bürokratie reduzieren

Thürnen, 28. September 2014

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen,

Ich freue mich, Ihnen kurz vor meinen Ferien den Sessionsbericht zuzustellen und hoffe, einige Themen anzusprechen, die auch Sie bewegen.

Unternehmenssteuerreform: Wir brauchen Sie dringend

Die Unternehmenssteuerreform ist in die politische Diskussion gekommen. Ich bin klar der Meinung, dass wir diese nicht verschieben dürfen. Die Schweiz hat international massiv an Attraktivität verloren. Steuerexperten schätzen, dass rund 8-12 Mrd. an Steuersubstrat gefährdet sind, wenn wir nicht rasch Verbesserungen schaffen. Wird die Unternehmenssteuerreform durchgeführt, ohne Kompensationen, dann dürfte diese rund 2 Mrd. an Steuersubstrat kosten – ein Betrag, den wir vermutlich durch das Wachstum wieder ausgleichen werden können. Die vorgesehene Kompensation mit einer Erhebung der Kapitalgewinnsteuer, so wie sie von Bundesrätin Evelyn Widmer-Schlumpf vorgesehen wird, kommt für mich nicht in Frage! Ebenfalls ist es für mich sehr fraglich, ob die Aufstockung von zusätzlichen Steuerrevisoren wirklich mehr Geld in die Kasse bringt – ich finde dies keinen guten Weg.

Für mich ist klar: Unternehmenssteuerreform machen, so rasch als möglich – auch wenn das Risiko eines Steuerausfalls besteht. Diesen bekommen wir eher in den Griff als den Verlust der Standortattraktivität, den wir heute schon erleben.

Die Grundlage des Steuerrechts muss das Vertrauen sein

Seit der Finanzkrise arbeitet die Finanzmarktaufsicht mit einer Flut von Vorschriften und Rundschreiben, Dabei schießt sie oft übers Ziel hinaus. Mit meinem Postulat fordere ich vom Bundesrat, diese Regulierungsdichte und –geschwindigkeit zu hinterfragen. Der Nationalrat folgte meinem Postulat mit 172 Stimmen, gegen den Willen des Bundesrates. Das ist ein sehr gutes Zeichen für mehr Vernunft und Augenmass.

Überhaupt stosse ich mich am stetig steigenden Misstrauen der Behörden gegenüber uns Bürgerinnen und Bürgern.

In der Schweiz gilt doch, dass der Staat dem Bürger vertraut. Bürger sind eigentlich ehrliche Steuerzahler. Dieses Prinzip gerät aber immer mehr unter Druck. Mit immer mehr neuen Regulierungen fördern die Behörden eine Kultur des Misstrauens. Diese neue falsche Kultur führt jedoch genau zum Gegenteil des gewünschten Effekts: Unternehmen und Bürger suchen Mittel und Wege, die Bürokratie und Kontrollen der Behörden zu entgehen.

Energiesteuer mit fatalen Auswirkungen

Mit ihrer Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ verlangen die Grünliberalen, die Mehrwertsteuer durch eine neue Steuer auf den nicht erneuerbaren Energieträgern Öl, Kohle, Erdgas und Uran zu ersetzen. Was sich auf den ersten Blick gut anhört, ist eine völlig falsche Idee.

Fast 40 Prozent der Einnahmen generiert der Bund aus der Mehrwertsteuer. Um den Ausfall zu kompensieren, müsste der Benzinpreis auf rund drei Franken steigen. Mit 3.30 Franken pro Liter würde der Heizölpreis mehr als verdreifacht. Und die Kilowattstunde Strom käme auf 33 Rappen zu stehen.

Ich möchte Ihnen einfach ein paar offene Fragen stellen, die mich klar dazu geführt haben, NEIN zu sagen: Was passiert wenn die Lenkungswirkung der Steuer auf Energie eintritt? Haben wir dann plötzlich kein Geld mehr für den Staatshaushalt? Müssen wir die Grenzen schliessen, damit die Schweizer nicht im Ausland tanken gehen? Wenn die inländische Produktion wegen so hoher Energiesteuern so teuer wird, wird dann nicht einfach viel mehr importiert?

Ich denke, wir haben eine gute ökologische Regulierung in der Schweiz mit der CO₂-Abgabe. Das ist bereits eine effektive und belastende Energiesteuer. Die Schweiz ist weltweit in ökologischen Fragen führend – es gibt also keinen Grund hier mehr zu machen.

Kosten für die Sozialhilfe müssen unter Kontrolle sein

Die Kosten für die Sozialhilfe waren Thema in der Sonntagspresse. Die Sonntagszeitung zeigte am Beispiel eines Sozialarbeiters, der für seine Leistungen 180 Franken pro Stunde verrechnet. Offensichtlich gibt es auch Anbieter, die mit bis zu 250 Franken pro Stunde abrechnen. Der Sonntagsblick berichtete, dass in der Schweiz 400 Sozialfirmen einen Umsatz von 630 Millionen Franken erzielen. Während Unternehmen, die sich um die Bedürftigen der Gesellschaft kümmern, hohe Profite erzielen, leiden die Gemeinden unter den stark gestiegenen Sozialausgaben. Es liegt die Vermutung nahe, dass seit der Einführung der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) 2013, welche die kommunalen Vormundschaftsbehörden ersetzt haben die Kosten massiv anwachsen, ja ausser Kontrolle geraten. Die aktuellen Entwicklungen gefährden das Sozialsystem in der Schweiz.

In dieser Sache habe ich mich stark gemacht und einen entsprechenden Vorstoss eingereicht. Ich erwarte, dass der Bundesrat rasch Stellung nimmt. Es kann nicht sein, dass wir das Sozialsystem gefährden, durch solch falsche Entwicklungen.

Nun verabschiede ich mich für eine Woche in die Ferien – es zieht mich nach Italien, um ein paar schöne Herbsttage zu geniessen.

Mit besten Grüßen

Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP BL

Kontakt:

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch

www.parlament.ch